

Der Abend
8.7.1917

8
61

Die Presse und das Finanzkapital.

Der heutige „Morgen“ meldet, daß Verhandlungen wegen Verkaufs des „Prager Tagblattes“ und mehrerer diesem angeschlossenen Provinzblätter stattfindet. Als Führer des Konsortiums, das das Kaufanbot gestellt hat, wird von zuverlässiger Seite der Präsident der Allgemeinen Depositenbank Dr. Josef Kranz genannt. Als Verkaufspreis soll eine Summe von rund sechs Millionen in Betracht kommen. Wir erfahren ergänzend, daß Mitglied des Konsortiums auch der Zentraldirektor der Prager Eisenindustrie und Generalgewaltige des Eisenkartells, Herr Wilhelm K e s t r a n e l, ist. Nach heute vorliegenden Meldungen soll das Geschäft sogar schon abgeschlossen sein.

Wie man sieht, handelt es sich hier wieder um einen großangelegten Versuch, die Presse noch mehr als bisher dem Finanzkapital und der Großindustrie zu unterwerfen, ein Versuch, an dem Dr. Sieghart gescheitert ist und der Geringeren, aber in ihrer Verwegenheit Glücklicheren zu gelingen droht. Das „Prager Tagblatt“ und die ihm gehörenden Provinzblätter beherrschen einen großen Teil der öffentlichen Meinung in den Sudeten und auch in den deutschösterreichischen Alpenländern. Diese öffentliche Meinung wird nun zum großen Teile, ohne es zu wissen, den Spekulationsgeschäften der Depositenbank und des Eisenkartells unterworfen. Dies wäre aber noch nicht das Argste. Die Leser des „Abend“ wissen, welche Rolle die Depositenbank unter ihrem neuen Präsidenten spielt. Wir betrachten noch weitaus nicht als das Schlimmste die Ausbeutung der Verbraucher, die sich diese Bank durch ihre Lebensmittelgeschäfte zur Aufgabe gestellt hat. Weit gefährlicher ist die Atmosphäre von Korruption, die von dort ausgeht. Es ist auf das Tiefste zu beklagen, daß Zeitungen eine Handelsware geworden sind, die dem gehört, der imstande ist, den geforderten Preis zu bezahlen. Leider wird dies nicht anders werden, solange sich das zeitunglesende Publikum in unbegreiflichem Stumpfsinn alles blicken läßt. Unangesehene Aufklärungsarbeit wird hier einzig und allein Hilfe bringen können. Diese wird mit ungemindertem Nachdruck fortgesetzt werden. Die Straflosigkeit durch Besitz und Beziehungen muß endlich aufhören. Welchen Zuständen gehen wir entgegen, wenn sich nun die bevorrechteten Ausbeuter einer nach dem anderen in den Besitz großer Zeitungstruste setzen, was jedenfalls für sie die zweckmäßigste Art der Gelbanlage ist, für die öffentliche Moral aber eine Gefahr, der die Regierung offenbar nur deshalb ruhig zusieht, weil sie derzeit von unausschießlicheren Dingen zu sehr in Anspruch genommen ist. Hoffen wir, daß, wenn sie später die Zeit dazu finden wird, es nicht zu spät sein möge.